

Der Zivilschutz im
Crime-Stop-Einsatz:
Die Meinungen sind
geteilt

Die ZSO Emme
dokumentiert ihren
Einsatz auf Youtube



**“Zivilschutz-Angehörige sind keine Para-Polizisten.
Wir müssen uns unseren wirklichen Aufgaben
widmen. Man soll uns daran messen, wie gut wir
diese erfüllen.”**

Walter Müller, Präsident SZSV



SZSV
FSPC
FSPC

Schweizerischer Zivilschutzverband
Fédération suisse de la protection civile
Federazione svizzera della protezione civile

EDITORIAL

Fit für die Zukunft

Ende August hat sich der Vorstand des Schweizerischen Zivilschutzverbandes zu einer zweitägigen Strategiesitzung getroffen. Schwerpunkt der Diskussion waren strukturelle Optimierungsmassnahmen für die Verbandsarbeit. Dies nicht zum Selbstzweck, sondern wir wollen massgeblich die aktuellen und künftigen Bedürfnisse der Basis kompetent gegenüber Behörden und Politik auf nationaler und kantonaler Ebene vertreten. Dies gilt im Besonderen für die Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+. Wir wollen Einfluss nehmen und dazu braucht es einen starken Rückhalt in der Basis.

Zuerst einmal konnten wir feststellen, dass unsere Beziehungen zum Bundesamt für Bevölkerungsschutz hervorragend funktionieren. Es sind auch regelmässig Gespräche mit dem zuständigen Bundesrat vorgesehen. Bestätigen konnten wir auch die grundsätzliche Aufgabenzuweisung durch die Statuten, die besonders im fachlichen Bereich gut erfüllt werden. So verfügen wir im Verband über die notwendige Fachkompetenz und organisieren regelmässig gut besuchte Fachtagungen.

Als Schwäche mussten wir die kantonale und regionale Vertiefung – sprich den Bezug zur Basis – feststellen. So fehlt der direkte Zugang zu den Kommandanten und Ausbildungschefs. Es ist auch der ausdrückliche Wunsch des Vorstandes, die Vertiefung zur Basis durch den Bezug zu allen Regionen – insbesondere auch zur Romandie – deutlich zu verbessern. Damit wir dieses Ziel erreichen, wollen wir einerseits die Kommunikation verbessern und andererseits regionale Kommissionen bilden. Bereits am 27. September hat eine Arbeitsgruppe die Umsetzung dieser Zielsetzungen diskutiert.

Als Präsident bedanke ich mich bei allen, die mithelfen, den Verband fit für die Zukunft zu machen. Wir wollen die Zukunft des Zivilschutzes massgeblich mitgestalten – mit der Basis für die Basis.

Walter Müller,
Präsident SZSV

Quartier-Patrouillen stossen auf Skepsis

Der Kanton Aargau setzt sich dafür ein, dass vermehrt Zivilschützer in den Quartieren der Dörfer auf Patrouille gehen. Ziel ist vor allem die Reduktion der stark gestiegenen Zahl von Einbruchsdiebstählen. Unter Zivilschützern formiert sich Widerstand, von einer Billiglösung für die Polizei und zu Lasten des Zivilschutzes ist die Rede. Am Ende liegt der Entscheid über einen Einsatz bei den Gemeindeexekutiven.

Der Artikel im „SonntagsBlick“ vom 19. August sorgte mächtig für Wirbel. Die Zeitung hatte publik gemacht, dass der Kanton Aargau gern mehr Zivilschützer auf Patrouille in den Dorf-Quartieren sehen würde – zur Entlastung der Polizei und als Abschreckung gegen Dämmerungseinbrüche. Die Idee: Die Zivilschützer sollen nach dem Credo „melden und beobachten“ Auffälligkeiten der Polizei mitteilen. Einzugreifen, also etwa Verdächtige anhalten, ist hingegen nicht vorgesehen.

Im Echo aus den Reihen der Zivilschützer auf das Vorhaben überwiegt gleichwohl die Skepsis. Und auch SZSV-Verbandspräsident **Walter Müller** steht dem Einsatz von Zivilschützern für Patrouillen skeptisch gegenüber. Er betont allerdings, dass dies seine persönliche Sicht ist; der SZSV-Vorstand hatte sich zu dem Thema bei Redaktionsschluss noch nicht abschliessend beraten.

„Zivilschutz-Angehörige sind keine Parapolizisten. Sie sind für solche Einsätze nicht ausgebildet. Ich möchte, dass sich der Zivilschutz seinen wirklichen Aufgaben widmet. Man soll uns daran messen, wie gut wir diese erfüllen“, sagt Müller. Im Versuch, den Zivilschutz für Quartier-Patrouillen zu

“Polizei zu spielen, ohne Kompetenzen – da werden wir doch vorgeführt.”

gewinnen, sieht der Präsident den Versuch der Kantone, Defizite bei ihren Polizeien kostengünstig zu kompensieren. „Wenn die Kantone nicht in der Lage sind, die Polizeien ordentlich zu alimentieren, kann es nicht sein, dass man auf den Zivilschutz zurückgreift.“

Er kritisiert, dass sich die Polizeien in manchen Kantonen in die Stützpunkte zurückziehen und in den Dörfern nicht mehr genügend präsent sind. „Dass wir deshalb jetzt den Nachwächter spielen sollen, sehe ich nicht ein.“ Er sieht das Patrouillieren nicht als „eigentliche Aufgabe“ des Zivilschutzes.

Kategorisch möchte Müller sich aber nicht Gesprächen verweigern. Unterstützung bei ausserordentlichen Ereignissen wie dem Empfang von grösseren Flüchtlingsströmen oder Aufbau von Unterkünften zu leisten, ist für ihn durchaus vorstellbar.

Sagen Sie uns Ihre Meinung

Zivilschützer auf Patrouille durch Dorf-Quartiere? Dieses Thema gibt zu reden. Ihre Meinung dazu interessiert uns. Schicken Sie uns eine E-Mail an redaktion@szsv-fspsc.ch oder diskutieren Sie im Forum auf der Website des Schweizerischen Zivilschutzverbandes: www.szsv-fspsc.ch.

Müller sieht auch die Wirkung der diskutierten Einsätze kritisch. „Den Polizisten zu spielen, ohne entsprechende Kompetenzen zu haben – da werden unsere Leute doch eher vorgeführt. Sie könnten ja nur beobachten, die Polizei alarmieren und dürften nicht eingreifen.“ Bis die Polizei eintreffe, seien die Delinquenten schon längst über alle Berge, sagt Müller.

Die ersten Diskussionen innerhalb des nationalen Zivilschutzverbandes zum Thema „Crime Stop“ – beziehungsweise zu möglichen Einsätzen von Zivilschützern – waren von Skepsis geprägt. Damit eine ZSO eine Patrouille durchführen kann, ist aber die Zustimmung der jeweiligen Gemeindeexekutive nötig. Bei regionalisierten ZSO



DIE CRIME STOP-PATROUILLEN DER ZSO WYNENTAL ARBEITEN SEIT JAHREN MIT DER KANTONS- UND REGIONALPOLIZEI ZUSAMMEN – MIT ERFOLG, SAGEN DIE BETEILIGTEN.

müssen alle Exekutiven der Trägergemeinden einem solchen Einsatz zustimmen.

Wird es vom nationalen Verband eine Direktive oder Anweisung geben? Walter Müller: "Sicher werden wir alle Beteiligten anhören. Aber ich fände es nicht richtig, wenn ein Wildwuchs entsteht, dass also manche bei solchen Einsätzen mitmachen und andere nicht. Ich werde mir daher erlauben, eine Empfehlung abzugeben." Keinesfalls akzeptabel sei hingegen, wenn solche Einsätze zu Lasten der Ausbildung für die tatsächlichen Aufgaben des Zivilschutzes gehen. "Die aktuelle Diskussion zeigt sehr deutlich, dass im Rahmen der Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ die Fragen von Ausbildung, Kompetenz und Einsatz geklärt werden müssen", so Müller.

Ausgangspunkt der aktuellen Diskussion war sein Brief: **Guido Beljean**, Sektionsleiter Koordination Zivilschutz in der Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz beim

Einsätze durch Bundesgesetz gedeckt?

Obschon bereits seit Jahren in verschiedenen Kantonen Zivilschützer für Patrouillen und ähnliche Tätigkeiten eingesetzt werden, gehen die Meinungen auseinander, inwieweit solche Einsätze von der geltenden Gesetzgebung gedeckt sind. Guido Beljean, Sektionsleiter Koordination Zivilschutz in der Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz beim Kanton Aargau: „Unser Standpunkt ist, dass solche Einsätze aufgrund der Bundesgesetzgebung möglich sind. Im Bevölkerungsschutzgesetz steht: „Aufgabe des Zivilschutzes ist die Unterstützung der Partnerorganisationen im Bedarfsfall.“ Er verweist auf ein Schreiben des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) aus dem Jahr 1999, in dem das Amt die Patrouillen ausdrücklich als rechtmässig qualifiziert. Nach dem Credo „beobachten und melden“, patrouillierten seit den Neunzigerjahren Zivilschützer zeitweise in einzelnen Aargauer Dörfern. Die ZSO Wynental tut dies bis heute.

Eine andere Auslegung des Gesetzes vertritt BABS-Direktor Willi Scholl: Auch wenn das Bevölkerungsschutzgesetz Einsätze zugunsten der Gemeinschaft vorsieht, so müssten diese Einsätze „der Anwendung des in der Ausbildung erworbenen Wissens und Könnens dienen“. Ob diese Anforderungen bei den diskutierten Patrouillen erfüllt sind, zieht Scholl gemäss einem Artikel im „SonntagsBlick“ von Ende August in Zweifel. Fraglich ist zudem, ob der Einsatz gegen das Gebot verstösst, wonach Einsätze zugunsten der Gemeinschaft private Anbieter nicht übermässig konkurrenzieren dürfen. Die Aufgaben könnten schliesslich auch durch private Sicherheitsdienste wahrgenommen werden.

Kanton Aargau, hatte den Verantwortlichen der aargauischen Zivilschutzorganisationen das Anliegen seiner Behörde geschrieben und sie zu einem Informationsrapport eingeladen, der am 26. September stattfand. Rund 90 Personen nahmen teil, darunter ZS-Kommandanten, Ressortvorsteher aus den Gemeinderäten und Vertreter der Regionalpolizeien.

Die Rückmeldungen auch von den Zivilschützern seien nach anfänglicher Skepsis positiv gewesen, sagt Beljean. Man habe aufgezeigt, dass es in Tat und Wahrheit nicht um die Überwachung etwa von Asylheimen gehe, sondern eben um das Beobachten und Melden von Auffälligkeiten in Wohnquartieren. Zudem habe man unter anderem erläutert, dass eine Ausbildung stattfinden wird, so dass niemand unvorbereitet patrouillieren muss.

Die Aargauer Behörde vertritt die Auffassung, dass Quartier-Patrouillen durch die aktuelle Rechtslage gedeckt sind (siehe Box). Die Einsätze würden die Polizei "wesentlich" unterstützen, sagt Guido Beljean. "Hier müssen die Partnerorganisationen nun zusammen arbeiten. Unser Anliegen ist, dass der Zivilschutz auf eine begrenzte Zeitdauer mitmacht. Wenn

“Die ZSO, die Erfahrungen mit Patrouillen gemacht haben, sehen sie positiv.”

wir den Bevölkerungsschutz leben wollen, dann muss man auch in Kauf nehmen, dass man auch einmal abends oder an Wochenenden im Einsatz ist und nicht immer nur von 7 bis 17 Uhr. Es kann doch nicht sein, dass der Zivilschutz in diesem Fall sagt, „das machen wir nicht, das können wir nicht.“ Er weist darauf hin, dass die Einsätze kein Dauerzustand sind, sondern als vorübergehende Entlastung während der Wintermonate dienen sollen, in denen beispielsweise die Zahl der Dämmerungseinbrüche besonders hoch ist.

Walter Müllers Aufforderung, die Polizei sei personell so auszustatten, dass sie die Aufgaben selber wahrnehmen kann, entgegnet Beljean. "Im Kanton Aargau ist der Ausbau des Polizeikorps eine beschlossene Sache, lässt sich jedoch nicht von heute auf morgen bewerkstelligen. Dauer und Umfang der Umsetzung hängen davon ab, wie viele Abgänger von der Polizeischule zur Verfügung



SOMMER 2011: DER ZUGER ZIVILSCHUTZ UNTERSTÜTZT DIE ZUGER KANTONSPOLIZEI BEI EINER GELÄNDE DURCHSUCHUNG, UM SPUREN ZU SICHERN.

stehen. Zudem ist es sinnvoller, wenn nicht jede Partnerorganisation bis zum Maximum ausgebaut wird, sondern die Partner sich bei Spitzenbelastung oder in aussergewöhnlichen Situationen im Bedarfsfall ergänzen und unterstützen.“ Die ZSO, die bereits Erfahrungen mit Patrouillen gemacht haben, stehen diesen Einsätzen positiv gegenüber, berichtet er. Skepsis finde sich überwiegend bei denen, die diese Erfahrungen noch nicht gemacht haben. "Das ist auch der Grund, weshalb wir zum Informationsrapport vom 26. September geladen haben."

Das Argument, Zivilschützer seien nicht für derartige Einsätze ausgebildet, lässt Beljean nicht gelten. Seine rhetorische Frage: "Was braucht es für eine Ausbildung, um Auffälliges beobachten und dies der Polizei melden zu können? Denn nur darum geht es. Wir haben hier doch die gleiche Situation, wie wenn ein Bürger um 21 Uhr mit dem Hund spazieren geht und verdächtige Feststellungen macht." Ziel sei nicht, dass die Zivilschützer Verdächtige oder Täter festhalten sollen oder bei Auffälligkeiten beispielsweise Grundstücke betreten, um nachzusehen. Die ZSO, die bereits jetzt im Aargau Patrouillen machen, haben nach Beljeans Angaben ein gutes Echo aus der Bevölkerung und auch von den Zivilschützern selber würden die Einsätze positiv gesehen.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz sieht gemäss Aussagen seines Direktors **Willi**

Scholl im "SonntagsBlick" in den Patrouillen "nicht das geeignete Mittel, um die aktuellen Sicherheitsprobleme mit Asylbewerbern zu lösen". Grund: Dafür seien Zivilschützer "grundsätzlich nicht ausgebildet". Auf Anfrage von "Zivilschutz Schweiz" gibt sich **Christoph Flury**, Chef Konzeption und Koordination beim BABS und Mitglied im Vorstand des SZSV, ebenfalls skeptisch: "Diese Einsätze gehören nicht zu den Kernaufgaben des Zivilschutzes."

Im unmittelbar betroffenen Kanton Aargau steht der dortige Zivilschutzverbandspräsident **Ernst Binder** den Einsätzen reserviert gegenüber. "Wenn eine Gemeinde sagt, wir wollen solche Einsätze, dann ist das für

“Diese Einsätze gehören nicht zu den Kernaufgaben des Zivilschutzes.”

mich unter den gegebenen Bedingungen möglich. Ich sage aber auch klar: Das ist nicht die Kernaufgabe des Zivilschutzes", sagt Binder, der auch Mitglied im Vorstand des SZSV ist. Er lobt den Informationsrapport, die Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz habe die Rahmenbedingungen gut erklärt. Konkret: Es wird eine Ausbildung zusammen mit der Polizei geben, Zivilschützer sind bei den Einsätzen versichert und

vier Stunden Einsatz entsprechen einem halben EO-Tag. Was es jetzt aber brauche, sei eine saubere Lagebeurteilung in den Gemeinden, ob Einsätze nötig sind.

Auf wenig Begeisterung stossen die Patrouillen-Einsätze bei ZSO in einigen Kantonen, die "Zivilschutz Schweiz" angefragt hat.

Kanton Zug: Enge Zusammenarbeit mit Polizei

Im Aargau würde es die Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz des Kantons zwar gern sehen, dass der Zivilschutz die Polizei in Form von Quartier-Patrouillen unterstützt, aber er kann die Einsätze ebenso wenig erzwingen wie jedwede andere Form von Unterstützung. Anders sieht es im Kanton Zug aus. Dort legt eine kantonale Verordnung fest, dass die Sicherheitskompanie des Zivilschutzes bei Bedarf die Zuger Polizei unterstützen muss. Soll die Unterstützung eine bestimmte Dauer überschreiten, muss der Regierungsrat entscheiden. Seit Jahren ist die Zusammenarbeit zwischen dem kantonalisierten Zivilschutz und der Polizei eng.

Als 2007 ein Werk der Firma Swisspor brannte, wurde der Zivilschutz zur Absperrung des Geländes während mehreren Tagen aufgeboten, während die Polizeiuntersuchungen vorstatten gingen. Als das Kantonsspital Zug 2008 nach Baar verlegt wurde, halfen Zivilschützer, das neue Gebäude zu überwachen, um Diebstähle zu verhindern. Und als vor Jahren eine Serie von Brandstiftungen im Ägerital für Unsicherheit sorgte, übernahm der Zivilschutz eine rund-um-die-Uhr-Überwachung des Campingplatzes in Unterägeri.

Einsätze im Rahmen einer Quartier-Patrouille sieht der Zuger ZSO-Kommandant und SZSV-Vorstandsmitglied Daniel Enzler trotzdem kritisch. Mit Blick auf den Einsatz in Unterägeri sagt er: „Das hatte nichts mit Patrouillieren zu tun, sondern es war ein ausserordentlicher Einsatz, der von kurzer Dauer war. Er wurde nötig, weil die Polizei kurzfristig nicht die benötigten Ressourcen mobilisieren konnte.“

Kritisch sieht etwa **Hans Gasser**, Vorsteher des Amtes für Militär und Zivilschutz des Kantons Graubünden, das Vorhaben. "Es ist in Friedenszeiten nicht die Aufgabe des Zivilschutzes, solche Tätigkeiten auszuführen." Nicht der Zivilschutz solle patrouillieren gehen, sondern vielmehr sei die Bevölkerung aufgefordert, aufmerksam zu sein und auffällige Beobachtungen der Polizei zu melden. Für seinen Kanton sieht Gasser zudem keinen Bedarf seitens der Polizeien: "Bei uns hat es bislang nie ein Begehren von den Polizeien gegeben, Zivilschützer zur Unterstützung beizuziehen, daher war und ist das kein Thema."

Der Zuger Zivilschutz hat zwar verschiedenen Aufgaben übernommen, bei denen Beobachten und Melden im Mittelpunkt standen, etwa bei der UBS-Arena während der Fussball-EM. "Aber es kann nicht sein, dass solche Einsätze zu ständigen Aufträgen werden", sagt der Zuger ZSO-Kommandant **Daniel Enzler**, der auch Mitglied im Vorstand des SZSV ist. Die Patrouillen hingegen sieht er als jährlich wiederkehrender Auftrag, der durchaus auch mit anderen Ressourcen planbar und zu bewältigen wäre. Er bemängelt zudem, dass die Einsätze planbar sind und keine Notfälle darstellen. "Da

ist es nicht legitim, den Zivilschutz aufzubieten." Für ihn sind auch die Kriterien nicht erfüllt, die einen Einsatz zu Gunsten der Gemeinschaft rechtfertigen würden. "Es ist ein Sicherheitsproblem, das man billig lösen will." Es stelle sich schliesslich auch die Frage, ob durch den Einsatz von Zivilschützern nicht das Gewerbe der Sicherheitsdienste übermässig konkurrenziert würde. In diesem Fall verstiesse das Vorhaben gegen die Verordnung über Einsätze des Zivilschutzes zugunsten der Gemeinschaft.

Nicht gut zu sprechen auf die Pläne der Aargauer ist schliesslich der Kommandant der ZSO Glarnerland, **Christian Schindler**. Der Auftrag des Zivilschutzes sei im Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz Art. 3 Bst e klar umschrieben. Dort wird, so Schindler, wohl von Schutz der Bevölkerung gesprochen, aber immer im Zusammenhang mit einer zivilisationsbedingten oder technischen Katastrophe. "Die Übernahme von Sicherungsmassnahmen im Sinne des Kantons Aargau liegt nicht im Aufgabenbereich des Zivilschutzes! Wir sind für diese Aufgabe weder ausgebildet noch ausgerüstet." Derartige Einsätze sind für ihn aus Sicherheitsgründen klar abzulehnen: "Dies ist Sache der Polizei!"



DIE ZSO ZUG UNTERSTÜTZT DIE POLIZEI AUCH BEI DER VERKEHRSREGELUNG.

Einsatz der ZSO EMME im Lötschental auf Youtube "setzt Massstäbe"

Die ZSO EMME hat ihren Einsatz im Erdsturz-Gebiet im Walliser Lötschental von diesem Sommer mit einem Film dokumentiert. Dieser ist im Internet auf der Videoplattform Youtube abrufbar. Bei der Produktion half ein Profi vom Schweizer Fernsehen.



WERBUNG IN EIGENER SACHE IM INTERNET: DIE ZSO EMME IM EINSATZ IM LÖTSCHENTAL.

Der 10. Oktober 2011 bleibt den Bewohnerinnen und Bewohnern des Walliser Lötschentals in schlechter Erinnerung: Heftige Erdstürze hatten die Region von der Aussenwelt abgeschnitten, über 20 000 Kubikmeter Fels und Geröll verursachten massive Schäden zwischen Wiler und Blatten. Die Nachricht von den Verwüstungen erreichte auch die Verantwortlichen der ZSO EMME. Sie boten den Behörden im Lötschental Hilfe an. So kam es zum Instandstellungseinsatz im Juni 2012, für den die ZSO EMME mit einem Pionierzug ins Lötschental reiste.

“Wir fanden, dass es von Nutzen sein könnte, unseren Einsatz zu dokumentieren”, sagt Kommandant Armin Camenzind. Die Idee einer Broschüre verwarf man, stattdessen kam ein Filmbeitrag in die Diskussion. Praktisch: Mit Ivo Amarilli haben die Zivilschützer einen TV-Profi in ihren Reihen, der hauptberuflich als Produzent und Redaktor beim Schweizer Fernsehen arbeitet. Amarilli fungierte als Regisseur, begleitete den Einsatz mit der Kamera, führte verschiedene Interviews und kümmerte sich auch um den Schnitt. Teils verwendete man auch Filmmaterial aus der Sendung “Schweiz aktuell”. Vom Kommandanten erhielt Amarilli dabei weitgehend freie Hand.

“Wir setzen Massstäbe”, lautet das Jahresmotto der ZSO EMME. Dieses steht auch über dem Filmprojekt. “Ziel des Films ist, ein neues Bild vom Zivilschutz zu vermitteln und zu zeigen, dass dieser sich sehr gewandelt hat. Wir wollen den Zivilschutz als moderne Organisation im Bereich Katastrophen- und Nothilfe zeigen. Klar, der Einsatz war keine Nothilfe im eigentlichen Sinn. Aber er enthält Aspekte, die bei Nothilfeeinsätzen relevant sind”, sagt der 30-Jährige Berufsschullehrer Camenzind. Beispielsweise gehe es in einen wie im anderen Fall darum, die Bedeutung der Logistik im Auge zu haben, zumal es sich im Wallis um teils sehr abgelegene Einsatzgebiete handle.

So entstand der Film über den Einsatz der ZSO EMME im Lötschental. Das knapp 15 Minuten lange Werk ist seit Ende Juli im Internet via Youtube abrufbar. “Die Rückmeldungen sind durchwegs positiv”, sagt Armin Camenzind. Feedbacks habe man von den politischen Vertretern, von Angehörigen anderer Zivilschutzorganisationen, von Mitarbeitenden des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz, aber auch von zahlreichen Personen ausserhalb des Zivilschutzes erhalten. Bis Anfang Oktober wurde der Film rund 800 Mal aufgerufen.

Nur eine Symptombekämpfung

Der SZSV hat im Oktober seine Antworten in Sachen Vernehmlassungen “Teilrevision BZG” und “Erläuternder Bericht zur Teilrevision des Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetzes” abgegeben. Darin schreibt der Verband, die vorgeschlagene Gesetzesrevision sei nur eine “Symptombekämpfung”, mit welcher die grundsätzlichen Probleme der Gesetzgebung 2004 nicht gelöst würden. Sollten die Anpassungen dennoch nötig sein, muss nach dem Willen des SZSV verhindert werden, dass ein Angehöriger des Zivilschutzes (AdZS) je direkt dafür belangt wird, weil er zu viele Dienstage leistete. Ebenso müsse eine Ungleichbehandlung von AdZS gegenüber einem Angehörigen der Armee (AdA) oder einem Angehörigen des Zivildienstes (AdZD) vermieden werden.

Die Kernforderungen des Verbandes:

- Der Gesetzgeber soll nur die maximale Zahl der Dienstage, die pro Jahr geleistet werden können, definieren.
- Von einer Unterscheidung, vor allem zwischen den Artikeln 36 und 27a, ist abzusehen.
- Die Kommandanten sind für Einhaltung und Inhalt verantwortlich und müssen bei Missbrauch in die Verantwortung genommen werden.
- Das Hauptziel, welches mit allen Dienstleistungen angestrebt werden muss, ist die Einsatztauglichkeit bei Grossereignissen, Katastrophen und Nothilfe.

Den gesamten Wortlaut der Vernehmlassung finden Sie auf unserer Website:

www.zivilschutz-schweiz.ch



SZSV
FSPC
FSPC
Schweizerischer Zivilschutzverband
Fédération suisse de la protection civile
Federazione svizzera della protezione civile

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
Schweizerischer Zivilschutzverband
Adligenswulerstrasse 109, 6006 Luzern

REDAKTION | MEDIENSTELLE
chilimedia GmbH, Ringstrasse 44, 4600 Olten
Telefon 062 776 44 44, www.chilimedia.ch

LAYOUT | PREPRESS
www.gwdolten.ch

DRUCK
Vetter Druck AG, 3602 Thun
Erscheinungsweise: 4 mal jährlich

VERSAND
Schweizerischer Zivilschutzverband
Postfach 4626, 3604 Thun, 079 340 93 68
susanna.ernst@thun.ch

AUFLAGE
4'000 Exemplare pro Ausgabe

“Scepticisme face aux patrouilles de quartier”

Le canton d'Argovie s'engage en faveur de l'augmentation des patrouilles de membres de la protection civile dans les quartiers des villages. Le but est avant tout de réduire le nombre croissant de cambriolages. Parmi les membres de la protection civile, des oppositions voient le jour contre cette solution bon marché pour la police et à la charge de la protection civile. Ce sont les exécutifs communaux qui auront le mot de la fin concernant ce type d'engagements.

L'article paru dans le “SonntagsBlick” du 19 août a fait des vagues. Le journal y rendait en effet publique la volonté du canton d'Argovie d'envoyer davantage de membres de la protection civile patrouiller dans les quartiers villageois afin de décharger la police et de dissuader les cambrioleurs du crépuscule. L'idée est que les membres de la PCI observent et annoncent à la police les faits inhabituels. Aucune intervention ou arrestation de suspects n'est pas prévue.

Dans les rangs de la protection civile, c'est le scepticisme qui prédomine face à ce projet. Même **Walter Müller**, président de la FSPC, reste sceptique à l'égard de l'engagement de membres de la protection civile pour les patrouilles. Il souligne cependant qu'il ne s'agit là que de son point de vue personnel, la direction de la FSPC n'ayant pas encore donné d'avis définitif à ce sujet à l'heure de clôture de la rédaction.

“Les membres de la protection civile ne sont pas une sorte de para-policiers. Ils ne sont pas formés pour de telles interventions. J'aimerais que la protection civile se consacre à ses vraies missions. C'est à cela que l'on doit évaluer notre efficacité”, affirme M. Müller.

En voulant engager la protection civile pour des patrouilles de quartier, le président considère que les cantons tentent de compenser avantageusement les déficits de leurs effectifs de police. “Les cantons ne peuvent pas avoir recours à la protection civile lorsqu'ils ne sont pas en mesure d'alimenter suffisamment l'effectif de leur police.”

Il critique le fait que dans de nombreux cantons, la police se retire dans ses bases et ne soit plus assez présente dans les villages. “Je n'admets pas que, pour cette raison, nous devons désormais jouer les gardiens de nuit.” Il ne considère pas que ces patrouilles soient une “véritable mission” de la protection civile.

M. Müller ne refuse toutefois pas catégoriquement le dialogue. Apporter un appui lors d'événements extraordinaires comme l'accueil de flux importants de réfugiés ou l'installation d'hébergements d'urgence reste parfaitement envisageable.

M. Müller voit aussi les répercussions des engagements en question d'un œil critique. “Jouer les policiers sans avoir les compétences requises risque de ridiculiser nos hommes plus qu'autre chose. En effet, ils

devraient se contenter d'observer et d'alerter la police, sans intervenir. Lorsque cette dernière arrivera, les délinquants auront pris le large depuis longtemps”, estime M. Müller.

Donnez-nous votre avis!

Des membres de la protection civile qui patrouillent dans les quartiers villageois? Ce sujet fait beaucoup parler. Votre avis nous intéresse. Envoyez-nous un email à l'adresse redaktion@szsv-fspc.ch ou venez discuter sur le forum du site web de la Fédération suisse de la protection civile: www.szsv-fspc.ch.

Les premières discussions qui se sont tenues au sein de la Fédération suisse de la protection civile sur le thème de la lutte contre la criminalité et de l'engagement possible de membres de la protection civile étaient empreintes de scepticisme. Pour qu'une OPC puisse effectuer des patrouilles, il faudrait toutefois avoir l'approbation de l'exécutif communal concerné. Avec la régionalisation des OPC, tous les exécutifs des communes membres devraient donc approuver de

EDITORIAL

Prêts pour l'avenir

A la fin août, la direction de la Fédération suisse de la protection civile s'est réunie pour un séminaire stratégique de deux jours. Les discussions ont principalement porté sur le thème des mesures d'optimisation structurelle pour le travail de la Fédération. Il ne s'agit pas d'un but que nous poursuivons pour nous-mêmes; nous voulons représenter avec compétence les besoins actuels et futurs de la base de la protection civile auprès des autorités et des politiques aux plans national et cantonal. Cela vaut tout particulièrement pour la stratégie de la protection de la population et de la protection civile 2015+. Nous voulons asseoir notre influence, ce qui nécessite un bon soutien de la base.

Pour commencer, nous avons pu constater que nos relations avec l'Office fédéral de la protection de la population fonctionnent remarquablement bien. Des entretiens réguliers avec le conseiller fédéral en charge de la protection de la population sont également prévus. Les statuts – particulièrement bien remplis dans les domaines techniques – sont venus confirmer l'attribution des tâches. Ainsi, la Fédération dispose aujourd'hui des compétences techniques requises et organise régulièrement des séances techniques jouissant d'un bon taux de participation. Parmi nos faiblesses, nous avons dû constater un manque de consolidation au niveau cantonal et régional – c.-à-d. de relation avec la base. Il manque par exemple un accès direct aux commandants et aux chefs de l'instruction. La direction a donc clairement exprimé son souhait d'améliorer cette relation verticale avec la base en créant des liens avec toutes les régions, et en particulier avec la Romandie. Pour atteindre ce but, nous voulons d'une part améliorer la communication et d'autre part constituer des commissions régionales. Le 27 septembre déjà, un groupe de travail s'est réuni pour discuter de la mise en œuvre de ces mesures.

En tant que président, je tiens à remercier tous ceux qui, en aidant la Fédération, oeuvrent pour le futur. Ensemble, nous organiserons l'avenir de la protection civile – avec l'aide de sa base et pour sa base.

Walter Müller,
Président de la FSPC

de tels engagements. La Fédération donnera-t-elle des directives ou des consignes? Walter Müller: "Nous allons naturellement écouter l'avis de tous les membres. Mais je ne trouverais pas correct qu'une branche

personnes y ont pris part, parmi lesquelles des commandants de la PCi, des chefs de ressorts de conseils communaux et des représentants des polices régionales. Une fois passé le scepticisme initial, les re-



LES PATROUILLES DE LUTTE CONTRE LA CRIMINALITÉ DE L'OPC DE WYNENTAL COLLABORENT DEPUIS DES ANNÉES AVEC LA POLICE CANTONALE ET RÉGIONALE – AVEC SUCCÈS, D'APRÈS LES CONCERNÉS.

'dissidente' se crée et que du coup, certains participent à ce type d'engagement et d'autres non. C'est la raison pour laquelle je me permettrai d'émettre une recommandation." Il est par contre totalement inacceptable que de tels engagements se fassent au détriment de l'instruction destinée aux missions effectives de la protection civile. "Le débat actuel montre clairement qu'il faut clarifier les questions de l'instruction, des compétences et de l'engagement dans le cadre de la stratégie de la protection de la population et de la protection civile 2015+", déclare M. Müller.

A l'origine, c'est une lettre qui a lancé le débat: **Guido Beljean**, chef de la section Coordination de la protection civile au département des affaires militaires et de la protection de la population du canton d'Argovie, avait écrit aux responsables des organisations de protection civile argoviennes pour leur soumettre le projet de ses supérieurs et les avait conviés à une séance d'information qui s'est tenue le 26 septembre. Quelque 90

“Jouer les policiers sans avoir les compétences requises risque de ridiculiser nos hommes plus qu'autre chose.”

tours des membres de la protection civile ont été positifs selon M. Beljean. On a démontré que dans les faits, il ne s'agissait pas de surveiller des centres pour requérants d'asile mais d'observer et d'annoncer des événements inhabituels dans des quartiers résidentiels. De plus, on a également expliqué qu'une formation serait dispensée pour que personne ne parte en patrouille sans y être préparé. Les autorités argoviennes soutiennent que les patrouilles de quartier sont couvertes

par le droit actuel (voir encart). Les interventions apporteraient un appui “essentiel” à la police, selon Guido Beljean. “Ici, les organisations partenaires doivent travailler main dans la main. Nous demandons que la collaboration de la protection civile soit fournie pour une durée limitée. Si nous voulons vivre pour la protection de la population, nous devons aussi accepter d’être parfois engagés le soir ou le week-end, et pas seulement de 7 h à 17 h. Ce n’est pas possible que la protection civile dise dans ce cas: non, on ne le fait pas, on ne peut pas le faire.” Il précise que ces engagements ne sont pas une prestation demandée à long terme mais doivent servir à alléger temporairement la tâche de la police durant les mois d’hiver, pendant lesquels le nombre de cambriolages au crépuscule est par exemple particulièrement élevé.

Tandis que Walter Müller invite la police à faire en sorte de pouvoir remplir cette mission elle-même, M. Beljean rétorque: “Dans le canton d’Argovie, l’extension du corps de police a d’ores et déjà été décidée, mais ce n’est pas quelque chose que l’on peut faire du jour au lendemain. La durée et l’étendue de la mise en œuvre dépendent du nombre d’élèves qui sortent de l’école de police et qui sont disponibles. En outre, il est plus judicieux de ne pas développer toutes les organisations partenaires à leur maximum mais de compléter les effectifs des partenaires lorsqu’ils atteignent leur charge maximale ou qu’ils ont un besoin accru dû à des situations extraordinaires. “Les OPC qui ont déjà participé à des patrouilles sont très positives à l’égard de ces engagements, rapporte-t-il. Les sceptiques sont plutôt ceux qui n’en ont pas encore fait l’expérience. C’est aussi la raison pour laquelle nous avons organisé la séance d’information du 26 septembre.”

L’argument selon lequel les membres de la protection civile ne seraient pas formés pour ce type d’engagement ne convainc pas M. Beljean, qui pose la question rhétorique suivante: “Quelle formation faut-il pour observer ce qui sort de l’ordinaire et en informer la police? Car il ne s’agit que de cela. C’est exactement la même situation que si un citoyen qui promène son chien à 21 h constate une situation suspecte.” Le but n’est pas que les membres de la protection civile arrêtent des suspects ou des malfaiteurs, ni qu’ils entrent dans des propriétés pour voir de plus près ce qui se passe d’habituel. Les OPC ayant déjà effectué des patrouilles dans le canton d’Argovie ont eu de bons échos de la part de la population, selon M. Beljean, et les membres de la pro-

tection civile eux-mêmes ont un sentiment positif à l’égard de ces engagements.

“Les OPC qui ont déjà participé à des patrouilles sont très positives à l’égard de ces engagements.”

Quant à l’Office fédéral de la protection de la population, d’après les déclarations de son directeur **Willi Scholl** dans le “Sonntags-Blick”, il ne considère pas que les patrouilles soient “le moyen adéquat pour résoudre les problèmes de sécurité actuels avec les requérants d’asile”. Les membres de la protection civile ne sont en principe pas formés à cet effet. **Christoph Flury**, chef de la division Conception et coordination de l’OFPP et membre de la direction de la FSPC a également répondu avec scepticisme aux questions de “Protection civile suisse”: “Ces interventions ne font pas partie des missions principales de la protection civile.”

Dans le canton d’Argovie, immédiatement concerné, le président de la fédération de la protection civile **Ernst Binder** se montre ré-

servé au sujet de ces engagements. “Quand une commune dit qu’elle veut des engagements de ce type, pour moi c’est possible si toutes les conditions sont réunies. Mais je dis aussi clairement que ce n’est pas la mission première de la protection civile”, déclare M. Binder, qui siège également à la direction de la FSPC. Il a apprécié la séance d’information, durant laquelle le département des affaires militaires et de la protection de la population a bien expliqué les conditions-cadres. Concrètement, il y aura une formation avec la police, les membres de la protection civile seront assurés lors de ces engagements et quatre heures d’engagement correspondent à une demi-journée d’APG. Ce qu’il demande maintenant, c’est une appréciation précise de la situation dans les communes pour définir si de tels engagements sont nécessaires.

Parmi les OPC d’autres cantons interrogées par Protection civile suisse, d’autres se sont montrées moins enthousiastes à l’égard des engagements destinés aux patrouilles de quartier.

C’est le cas par exemple d’**Hans Gasser**, directeur de l’office des affaires militaires et de la protection civile du canton des Grisons, plutôt critique envers le projet. “En temps de paix, la mission de la protection civile n’est pas d’effectuer des activités de ce genre”.

Des engagements couverts par la loi fédérale?

Bien que dans plusieurs cantons, des membres de la protection civile soient engagés depuis plusieurs années pour des patrouilles et autres tâches similaires, les opinions divergent lorsqu’il s’agit de définir dans quelle mesure de telles interventions sont couvertes par la législation en vigueur. Guido Beljean, chef de la section Coordination de la protection civile au département des affaires militaires et de la protection de la population du canton d’Argovie déclare: “De notre point de vue, rien ne s’oppose à de telles interventions (missions de surveillance) dans la législation fédérale. On a en outre également créé les bases légales nécessaires à l’échelon du canton. La loi sur la protection de la population dit ceci: la mission de la protection civile est d’appuyer les organisations partenaires en cas de besoin.” Il se réfère à une circulaire de l’Office fédéral de la protection de la population (OFPP) datant de 1999, dans laquelle l’OFPP qualifie explicitement les patrouilles de légales. En suivant le crédo “observer et annoncer”, des membres de la protection civile patrouillent donc par intermittence dans les villages argoviens depuis les années nonante. L’OPC de Wynental le fait aujourd’hui encore. Willi Scholl, directeur de l’OFPP, donne une autre interprétation de la loi: bien que la loi sur la protection de la population prévoit des interventions en faveur de la collectivité, ces dernières doivent “permettre aux participants de mettre en pratique les connaissances et le savoir-faire qu’ils ont acquis durant leur instruction”. D’après un article paru dans le “SonntagsBlick” à la fin août, M. Scholl doute que les patrouilles en question remplissent cette exigence. On peut en outre se demander si cet engagement ne constitue pas une infraction à la règle selon laquelle les interventions en faveur de la collectivité ne doivent pas concurrencer de façon excessive les entreprises privées. Car finalement, ces missions pourraient tout aussi bien être effectuées par des services de sécurité privés.

“Ces interventions ne font pas partie des missions principales de la protection civile.”

Canton de Zoug: une collaboration étroite avec la police

Dans le canton d'Argovie, le département cantonal des affaires militaires et de la protection de la population voyait certes d'un bon œil que la protection civile soutienne la police par des patrouilles de quartier, mais il ne pouvait pas forcer ces engagements, pas plus que toute autre forme d'appui. La situation est différente dans le canton de Zoug, où une ordonnance cantonale établit que la compagnie de sécurité de la protection civile doit soutenir la police zougnoise en cas de besoin. Si l'appui excède une certaine durée, la décision revient au Conseil d'Etat. De puis des années, la protection civile réorganisée au niveau cantonal et la police travaillent en étroite collaboration.

En 2007, lors de l'incendie d'une usine de l'entreprise Swisspor, la protection civile a été mise sur pied pendant plusieurs jours pour boucler le périmètre pendant que la police procédait à ses investigations. En 2008, lorsque l'hôpital cantonal de Zoug a été déplacé à Baar, des membres de la protection civile ont aidé à surveiller le nouveau bâtiment afin d'empêcher les vols. Il y a plusieurs années enfin, quand une série d'incendies criminels a provoqué un sentiment d'insécurité dans la vallée d'Ägeri, la protection civile a assuré la surveillance du camping d'Unterägeri 24 heures sur 24.

Toutefois, Daniel Enzler, commandant de l'OPC de Zoug et membre de la direction de la FSPC, voit les engagements dans le cadre de patrouilles de quartier d'un œil critique. En se référant à l'intervention d'Unterägeri, il déclare: “Cela n'avait rien à voir avec des patrouilles, il s'agissait d'un engagement extraordinaire de courte durée. C'était nécessaire parce qu'il était impossible pour la police de mobiliser les ressources requises dans des délais aussi brefs.”

Plutôt que d'organiser des patrouilles de la protection civile, il faudrait demander à la population de se montrer plus attentive et de faire part à la police des choses inhabituelles qu'elle pourrait observer. Dans son canton, M. Gasser ne voit pas de besoin particulier du côté de la police. “Chez nous la police n'a jusqu'ici jamais exprimé le souhait de recevoir l'appui de la protection civile; cela n'a donc jamais été à l'ordre du jour et cela ne l'est pas davantage aujourd'hui.”

La protection civile zougnoise a certes déjà pris part à des missions dont l'observation et l'information des forces de l'ordre étaient les principaux aspects, notamment à l'UBS Arena durant la Coupe d'Europe de football. “Mais on ne peut pas envisager que de tels engagements deviennent des missions permanentes”, affirme Daniel Enzler, commandant de l'OPC de Zoug et membre de la direction de la FSPC. Il considère par contre les patrouilles comme une mission récurrente, revenant chaque année, qu'il serait donc possible de planifier et de gérer avec des ressources supplémentaires.

En outre, il critique le fait que ces interventions soient planifiables et ne représentent donc pas de situations d'urgence. “C'est pour cette raison qu'il n'est pas légitime de mettre sur pied la protection civile.” Pour lui,

ces engagements ne répondent pas non plus aux critères d'interventions au profit de la collectivité. “C'est un problème de sécurité que l'on cherche à résoudre à moindre coût.” Il se demande également si l'engagement de membres de la protection civile ne représenterait pas une concurrence excessive pour les prestataires de services de sécurité. Le cas échéant, le projet irait à l'encontre de l'ordonnance sur les interventions de la protection civile en faveur de la collectivité.

Christian Schindler, commandant de l'OPC du Glarnerland, ne se montre pas non plus tendre à l'égard des projets argoviens. La mission de la protection civile est décrite clairement dans l'art. 3 de la loi sur la protection de la population et sur la protection civile. Selon Schindler, si la protection de la population y est mentionnée, c'est toujours en lien avec une catastrophe d'origine technique ou technologique. “Prendre en charge des mesures de sûreté comme l'entend le canton d'Argovie ne fait pas partie du champ d'activité de la protection civile! Nous ne sommes ni formés ni équipés pour ce genre de missions.” Pour lui, il faudrait clairement refuser ce type d'engagements pour des raisons de sécurité: “C'est l'affaire de la police!”



ÉTÉ 2011: LA PROTECTION CIVILE ZUGOISE APPORTE SON APPUI À LA POLICE CANTONALE ZUGOISE À L'OCCASION D'UNE PERQUISITION EN EXTÉRIEUR, AFIN DE PROTÉGER LES EMPREINTES.

La mise en ligne sur Youtube de l'intervention de l'OPC d'Emme dans le Lötschental fait figure de référence

L'OPC d'Emme a tourné un film sur son intervention suite à un éboulement dans la vallée valaisanne du Lötschental cet été. Ce dernier est disponible sur Internet, sur la plateforme vidéo Youtube. Un professionnel de la télévision suisse a apporté son aide pour la production.



L'OPC D'EMME ASSURE SA PROPRE PUBLICITÉ SUR INTERNET: INTERVENTION DANS LE LÖTSCHENTAL, VALAIS

Le 10 octobre 2011 restera à jamais un mauvais souvenir pour les habitants de la vallée valaisanne du Lötschental: de violents éboulements ont coupé la région du monde; plus de 20000 m³ de roches et d'éboulis ont causé d'importants dégâts entre Wiler et Blatten. La nouvelle des ravages est aussi parvenue aux responsables de l'OPC d'Emme, qui ont proposé leur aide aux autorités du Lötschental. C'est ainsi qu'en juin 2012, une section de pionniers de l'OPC d'Emme s'est rendue dans le Lötschental pour une intervention de remise en état.

“Nous trouvions qu'il pourrait être utile de documenter notre intervention”, déclare le commandant Armin Camenzind. Tandis que l'idée d'une brochure était rejetée, celle d'un film est apparue dans la discussion. Puis dans la pratique: parmi les membres de la protection civile se trouvait Ivo Amarilli, professionnel de la télé, producteur et rédacteur à la Télévision suisse. M. Amarilli a donc fait office de régisseur, suivant l'intervention caméra au poing, réalisant plusieurs interviews et s'occupant même du montage. On a aussi parfois utilisé des passages de l'émission “Schweiz aktuell”. Pour cette mission mission, les commandants ont donné carte blanche à M. Amarilli.

“Faire figure de référence”: tel pourrait être le mot d'ordre de l'OPC d'Emme cette année.

C'est aussi ce qui ressort du projet de ce film. “Le but du film est de donner une nouvelle image de la protection civile et de montrer qu'elle a beaucoup changé. Nous voulons prouver qu'elle est aujourd'hui une organisation moderne d'aide en cas de catastrophe et en situation d'urgence. Bien sûr, cette intervention n'était pas une situation d'urgence au sens propre, mais elle en possédait néanmoins certains aspects”, affirme M. Camenzind, 30 ans, enseignant dans une école professionnelle. Comme dans d'autres cas, il fallait par exemple garder à l'esprit l'importance de la logistique, d'autant plus qu'en Valais, on doit parfois intervenir dans des zones très isolées. C'est ainsi qu'est né le film sur l'intervention de l'OPC d'Emme dans le Lötschental. Depuis la fin juillet, ce documentaire de quinze minutes peut être visionné sur Youtube. “Les retours sont tous positifs”, déclare Armin Camenzind. Des représentants politiques, des membres d'autres organisations de la protection civile, des collaborateurs de l'Office fédéral de la protection de la population, mais aussi de nombreuses personnes extérieures à la protection civile ont donné un feed-back. Au début octobre, le film avait été visionné quelque 800 fois.

Lien vers le film: www.zsoemme.ch, <http://goo.gl/lpDC4>

Une révision qui ne traite que les symptômes

En octobre, la FSPC a donné ses réponses concernant les procédures de consultation “Révision partielle de la LPPCi” et “Rapport explicatif concernant la révision partielle de la loi sur la protection de la population et sur la protection civile”. Selon la Fédération, la révision proposée ne traite que les symptômes, sans résoudre les problèmes de fond de la loi de 2004.

Si les adaptations devaient malgré tout être entreprises, la FSPC souhaite empêcher qu'une personne astreinte à servir dans la protection civile soit poursuivie directement pour avoir effectué trop de jours de service. Il faudrait également éviter toute inégalité de traitement des personnes astreintes par rapport aux militaires ou aux personnes astreintes au service civil.

Les principales revendications de la Fédération sont les suivantes:

- Le législateur doit uniquement définir le nombre maximal de jours de service pouvant être effectués par année.
- Il faut renoncer à établir une distinction entre les articles 36 et 27a.
- Les commandants sont responsables du respect des consignes et du contenu et leur responsabilité doit être engagée en cas d'abus.
- Toutes les prestations doivent viser à assurer l'aptitude à intervenir en cas d'événements majeurs, de catastrophes ou de situations d'urgence.

Vous trouverez l'intégralité du texte mis en consultation sur notre site internet:

www.zivilschutz-schweiz.ch



SZSV Schweizerischer Zivilschutzverband
FSPC Fédération suisse de la protection civile
FSPC Federazione svizzera della protezione civile

La protezione civile impiegata per ridurre i crimini: le opinioni divergono.

L'OPC Emme documenta il suo intervento su YouTube.

“Le pattuglie di quartiere non riscuotono molti consensi”

Il Canton Argovia intende impiegare i militi della protezione civile per pattugliare i quartieri residenziali dei comuni. L'obiettivo è quello di ridurre il numero di furti con scasso, che negli ultimi tempi è aumentato in modo esponenziale.

Tra i militi serpeggia il malcontento; non si vuole offrire una soluzione a buon mercato alla polizia a scapito dei compiti effettivi della protezione civile. La decisione spetta ora agli esecutivi comunali.

L'articolo apparso sul “SonntagsBlick” del 19 agosto ha scaldato gli animi. Il giornale aveva infatti reso pubblico che il Canton Argovia auspica impiegare militi della protezione civile per pattugliare i quartieri allo scopo di sgravare la polizia e come deterrente per i ladri. L'idea è quella che i militi della protezione civile notificano alla polizia tutti i movimenti sospetti. Intervenire, come ad esempio fermare persone sospette, non sarebbe invece di loro competenza.

Tra le fila della protezione civile si è molto scettici. Neppure il presidente della Federazione Svizzera della protezione civile (FSPC) **Walter Müller** vede di buon occhio questa idea. Precisa però che si tratta della sua opinione personale, dato che il comitato direttivo non si era ancora espresso in merito alla questione al momento della chiusura di redazione.

“I militi della protezione civile non sono dei para-poliziotti. Non sono istruiti per interventi di questo tipo. La protezione civile deve dedicarsi a quelli che sono i suoi veri compiti. La gente ci deve giudicare per come li svolgiamo”, sostiene Müller. Il presidente della federazione mantello vede quest'opzione come un tentativo di colmare a buon

mercato i deficit nelle casse della polizia. “Non si può ricorrere alla protezione civile solo perché i cantoni non sono in grado di finanziare gli organici di polizia necessari”.

Müller critica inoltre la centralizzazione dei corpi di polizia, poiché è venuta meno la presenza capillare di forze dell'ordine nei comuni. “Non vedo perché dovremmo metterci a fare le guardie notturne. Non tocca a noi colmare questa lacuna”.

Tuttavia egli non rifiuta il dialogo a priori. A suo avviso sarebbe senz'altro possibile offrire sostegno in caso di situazioni straordinarie, ad esempio per accogliere profughi o preparare alloggi di fortuna.

Müller vede in modo critico anche l'effetto dei pattugliamenti. “Fare i poliziotti senza avere le necessarie competenze non ha alcun senso. I militi non potrebbero far altro che chiamare la polizia e i ladri avrebbero tutto il tempo per darsela a gambe”, osserva Müller.

Le prime discussioni in seno alla Federazione erano piuttosto impiegate sullo scetticismo. Affinché un'OPC possa impiegare i suoi militi nelle pattuglie di quartiere, occor-

re il consenso degli organi esecutivi di tutti i comuni facenti parte del consorzio.

La vostra opinione ci interessa

Quello dei militi della protezione civile che pattugliano i quartieri dei comuni è un argomento che fa discutere. La vostra opinione ci interessa. Inviateci un'e-mail all'indirizzo: redaktion@szsv-fspc.ch oppure partecipate alla discussione online nel nostro forum: www.szsv-fspc.ch.

La Federazione emanerà delle direttive in merito? “Sicuramente ascolteremo tutti gli interessati. Ma non troverei giusto se alcune OPC s'impegnassero in tal senso e altre no. Mi permetterò pertanto di esprimere delle raccomandazioni”, risponde Müller.

Sarebbe invece inaccettabile che questi interventi andassero a scapito dell'istruzione per i compiti effettivi della protezione civile. “Le discussioni in corso dimostrano chiaramente che nell'ambito della strategia protezione della popolazione e protezione civile



LE PATTUGLIE ANTI-CRIMINE DELL'OPC WYNENTAL COLLABORANO DA ANNI CON LA POLIZIA CANTONALE E REGIONALE - A DETTA DEGLI INTERESSATI, CON MOLTO SUCCESSO.

2015+ si devono chiarire le questioni relative all'istruzione, alle competenze e agli interventi", spiega Müller.

Punto di partenza delle attuali discussioni è una lettera di **Guido Beljean**, caposettore coordinamento protezione civile presso la Divisione del militare e della protezione della popolazione del Canton Argovia, in cui espone le aspettative del suo ufficio ai responsabili delle organizzazioni di protezione civile argoviesi, invitandole a un rapporto informativo che si è tenuto il 26 settembre. Vi hanno partecipato circa novanta persone, tra cui comandanti della protezione civile, capi dicastero comunali e rappresentanti delle polizie regionali.

Secondo Beljean, dopo qualche reticenza iniziale le reazioni dei militi sarebbero state positive. Durante il rapporto si è spiegato che in realtà non si tratterebbe di sorvegliare centri per richiedenti l'asilo o compiti simili, ma semplicemente di osservare e segnalare movimenti sospetti nei quartieri residenziali. È stato precisato che i militi verrebbero istruiti per questo nuovo compito, e che nessuno dovrebbe pattugliare senza debita preparazione.

L'autorità argoviese è dell'avviso che le pattuglie di quartiere siano giuridicamente legittimate (vedi box). Secondo Guido Bel-

“Fare i poliziotti senza avere le necessarie competenze non ha alcun senso”.

jean, i pattugliamenti apporterebbero un grande sostegno alla polizia. “Il progetto offre la possibilità di una collaborazione fattiva tra organizzazioni partner. Riteniamo che la protezione civile debba impegnarsi solo per una durata . Se vogliamo partecipare alla protezione della popolazione dobbiamo anche essere disposti a fare delle concessioni, ad esempio prestando servizio la sera o il fine settimana, e non sempre solo dalle 7 alle 17. Non possiamo dire ‘Questo non lo facciamo’, o ‘Non siamo in grado’.

EDITORIALE

Pronti ad affrontare le sfide del futuro

A fine agosto i membri del comitato direttivo della Federazione svizzera della protezione civile si sono riuniti in una sessione strategica di due giorni per discutere i miglioramenti strutturali necessari. Queste misure non sono fini a se stesse, ma mirano a rappresentare al meglio gli interessi attuali e futuri della base presso le autorità e il mondo politico a livello cantonale e nazionale, in particolare nell'ottica della “Strategia della protezione della popolazione e della protezione civile 2015+”. Di fatto è nostra intenzione influire il più possibile sulle future decisioni concernenti la protezione civile. Per questo abbiamo bisogno di un forte sostegno della base.

Innanzitutto abbiamo constatato che le nostre relazioni con l'Ufficio federale della protezione della popolazione sono molte buone. Sono inoltre previsti dei colloqui regolari con il consigliere federale competente. Abbiamo poi confermato l'attribuzione fondamentale dei compiti secondo gli statuti, la cui applicazione è particolarmente buona in campo specialistico. Disponiamo delle competenze necessarie e organizziamo regolarmente dei convegni sempre ben frequentati. Il nostro punto debole sono invece i rapporti con la base, vale a dire con i cantoni e le regioni. Manca ad esempio un contatto diretto con i comandanti e i responsabili dell'istruzione. Per questo motivo il comitato direttivo intende rafforzare le relazioni con le regioni, e in particolare con la Romandia. Per raggiungere questo obiettivo intendiamo migliorare la comunicazione e formare delle commissioni regionali. Il 27 settembre un gruppo di lavoro si incontrerà per discutere l'attuazione pratica di questi obiettivi.

In qualità di presidente colgo l'occasione per ringraziare tutti coloro che contribuiscono a preparare la FSPC ad affrontare le sfide del futuro. Vogliamo contribuire all'assetto della protezione civile del futuro – con la base e per la base

Walter Müller,
President de la FSPC

Beljean puntualizza che gli interventi verrebbero prestati solo per un periodo limitato, per supportare temporaneamente la polizia durante i mesi invernali, quando i furti, complice il crepuscolo precoce, sono più numerosi.

All'osservazione di **Walter Müller** che i corpi di polizia dovrebbero essere potenziati per essere in grado di svolgere da soli questo compito, Beljean risponde che nel Canton Argovia gli organici e le strutture della polizia sono ormai cosa decisa, e un cambiamento non sarebbe possibile a breve termine. La durata e l'ampiezza dei cambiamenti dipendono dal numero di nuovi agenti che escono dalla scuola di polizia. Inoltre è più ragionevole assistersi e completarsi a vicenda nelle situazioni di bisogno che ampliare all'inverosimile le singole organizzazioni. Secondo Beljean i riscontri delle OPC che già impiegano delle pattuglie di quartiere sono molto positivi. I più scettici sarebbero invece quelli che non hanno ancora esperienza sul campo. "Questo è anche il motivo per cui abbiamo organizzato il rapporto informativo del 26 settembre", aggiunge.

A suo avviso la motivazione che i militi della protezione civile non sono istruiti per interventi di questo tipo non è valida: "di quale istruzione avrebbero bisogno per osservare movimenti sospetti e segnalarli alla polizia?". Perché è solo di questo che si tratta. La situazione è la stessa di quella che si presenta



ESTATE 2011: LA PROTEZIONE CIVILE DI ZUGO ACCOMPAGNA LA POLIZIA CANTONALE IN UN'OPERAZIONE DI RASTRELLAMENTO DEL TERRENO ALLA RICERCA DI TRACCE.

“Questo tipo di intervento non rientra nei compiti fondamentali della protezione civile”.

quando un normale cittadino esce a spasso con il cane la sera alle nove e vede qualcosa di sospetto. I militi della protezione civile non dovrebbero arrestare sospetti o malviventi o entrare in proprietà private per controllare se tutto è in ordine. Secondo Beljean, le OPC che già oggi effettuano dei pattugliamenti nel Canton Argovia hanno ricevuto apprezzamenti da parte della popolazione e anche i militi stessi sono favorevoli.

Come riportato dal "SonntagsBlick", secondo **Willi Scholl**, direttore dell'Ufficio federale della protezione della popolazione, "le pattuglie di quartiere non sono una soluzione ai problemi attuali nel campo dei richiedenti l'asilo". Egli sottolinea che "i militi della protezione civile non sono istruiti per compiti di questo tipo". Anche **Christoph Flury**, capo Concezione e coordinamento presso l'UFPP e membro del comitato direttivo della FSPC, è piuttosto scettico: "I pattugliamenti non rientrano nei compiti principali della protezione civile".

Ernst Binder, presidente della società di protezione civile del Canton Argovia e membro del comitato direttivo della FSPC, non si sbilancia: "Se un comune richiede questi interventi e le condizioni necessarie sono soddisfatte, per me si può fare. Ma rimango dell'avviso che il pattugliamento non sia uno dei compiti fondamentali della protezione civile". Egli si dice soddisfatto del rapporto, durante il quale la Divisione del militare e della protezione della popolazione ha spiegato molto bene le condizioni quadro. Concretamente si svolgerebbe un'istruzione congiunta con la polizia, i militi della PC

I pattugliamenti sono legittimati dalla legge federale?

Nonostante già da alcuni anni diversi cantoni impieghino i militi della protezione civile per pattugliare i quartieri o per attività analoghe, le opinioni in merito alla loro legittimazione divergono. Secondo **Guido Beljean**, caposezione coordinamento della protezione civile presso la Divisione del militare e della protezione della popolazione del Canton Argovia, "interventi di questo tipo (sorveglianza) sono giuridicamente legittimati." Sono state inoltre create le basi legali necessarie anche a livello cantonale. La legge sulla protezione della popolazione e sulla protezione civile recita: "È compito della protezione civile sostenere le organizzazioni partner in caso di bisogno". Egli rimanda inoltre a una lettera dell'Ufficio federale della protezione della popolazione (UFPP) del 1999, in cui l'ente dichiara espressamente che i pattugliamenti sono consentiti per legge. Secondo il motto "osservare e segnalare", dagli Anni Novanta i militi della protezione civile pattugliano saltuariamente i comuni argoviesi (per es. OPC Wynental). Il direttore dell'UFPP **Willi Scholl** propende invece per un'altra interpretazione della legge: "Anche se la legge sulla protezione della popolazione prevede interventi a favore della comunità, questi devono permettere di praticare le conoscenze e le capacità acquisite nel corso della formazione". In un articolo apparso sul "SonntagsBlick" a fine agosto, Scholl mette in dubbio che queste condizioni siano soddisfatte nel caso dei pattugliamenti. C'è inoltre da chiedersi se questi interventi non violino anche un'altra delle condizioni degli interventi di pubblica utilità, ossia l'eccessiva concorrenza alle ditte private. In fondo il compito potrebbe essere svolto anche da servizi di sicurezza privati.

“Le OPC che hanno esperienza nel pattugliamento considerano positivo questo compito”.

Canton Zugo: stretta collaborazione con la polizia

La Divisione del militare della protezione della popolazione del Canton Argovia vedrebbe di buon occhio un sostegno della polizia da parte della protezione civile sotto forma di pattuglie di quartiere, ma non lo può imporre. La situazione è diversa nel Canton Zugo. Qui infatti un'ordinanza cantonale prevede che in caso di bisogno la compagnia della protezione civile addetta alla sicurezza deve dare sostegno alla polizia cantonale. Se il sostegno supera una certa durata, la decisione spetta al governo cantonale. Da ormai vari anni la collaborazione tra protezione civile cantonalizzata e polizia è molto stretta.

Quando nel 2007 è scoppiato un incendio in una fabbrica della ditta Swisspor, la protezione civile è stata impiegata per diversi giorni per sbarrare la zona sinistrata mentre la polizia si occupava delle indagini. Quando nel 2008 l'ospedale cantonale è stato trasferito da Zugo a Baar, i militi della protezione civile hanno aiutato a sorvegliare l'edificio per evitare furti. E quando alcuni anni fa una serie di attentati incendiari ha reso insicura la regione dell'Ägerital, la protezione civile ha assunto il compito di sorvegliare 24 ore al giorno il campeggio di Unterägeri.

Ciononostante il comandante dell'OPC Zugo e membro del comitato direttivo FSPC Daniel Enzler rimane critico nei confronti delle pattuglie di quartiere. Prendendo come esempio l'intervento prestato a Unterägeri afferma: “Si è trattato di un intervento straordinario di breve durata che non ha nulla a che vedere con le pattuglie di quartiere. È stato necessario solo perché la polizia non era in grado di mobilitare le risorse necessarie a breve termine”.

sarebbero coperti dall'assicurazione durante i pattugliamenti e quattro ore di servizio darebbero diritto a una mezza giornata di IPG. Non rimane che accertare i reali bisogni nei comuni.

Altri cantoni interpellati da “Protezione civile svizzera” mostrano meno entusiasmo per l'impiego di militi delle OPC per pattugliare i quartieri.

Un'opinione piuttosto critica è espressa ad esempio da **Hans Gasser**, capo dell'Ufficio del militare e della protezione civile del Canton Grigioni. “In tempo di pace non spetta alla protezione civile svolgere compiti di questo tipo”, afferma. A suo avviso si dovrebbe piuttosto esortare la popolazione ad essere vigile e a segnalare immediatamente movimenti sospetti alla polizia. Per il suo Cantone Gasser non vede alcuna necessità in questo senso: “Da noi finora non c'è mai stata una simile richiesta da parte della polizia, per cui il problema non si pone”.

La protezione civile del Canton Zugo ha già svolto compiti di osservazione e segnalazione in varie occasioni, ad esempio nell'arena UBS durante i campionati europei di calcio. **Daniel Enzler**, comandante dell'OPC Zugo e anch'egli membro del comitato direttivo FSPC, precisa che “devono però essere interventi di breve durata, non si può pensare che diventi un compito permanente”. I pattugliamenti periodici sono invece un

compito che a suo modo di vedere sarebbe possibile svolgere anche con altre risorse. Tanto più che si tratta di interventi pianificabili, e non di situazioni d'emergenza. “Non è legittimo chiamare in servizio la protezione civile per interventi di questo tipo”. A suo avviso non sarebbero neppure soddisfatti i criteri che giustificerebbero un intervento di pubblica utilità. “Si cerca solo di risolvere il problema della sicurezza senza spendere”, precisa. Si pone inoltre la domanda se con l'impiego della protezione civile non si farebbe troppa concorrenza alle imprese attive nel campo della sicurezza. In questo caso l'opzione violerebbe l'ordinanza sugli interventi di pubblica utilità della protezione civile.

Neppure **Christian Schindler**, comandante dell'OPC glaronese, vede di buon occhio l'iniziativa del Canton Argovia. Egli fa notare che i compiti della protezione civile sono chiaramente descritti nell'articolo 3 lettera e della legge sulla protezione della popolazione e sulla protezione civile. Qui si parlerebbe di protezione della popolazione, ma sempre in relazione a una catastrofe di origine naturale o tecnologica. “L'assunzione di compiti di sicurezza come quelli previsti dal Canton Argovia non rientra nella sfera di competenza della protezione civile. Non siamo né istruiti né equipaggiati per svolgere questi compiti”. A suo avviso, i pattugliamenti sono da rifiutare già solo per motivi di sicurezza: “È un compito della polizia!”



L'OPC DEL CANTON ZUGO AIUTA LA POLIZIA ANCHE A DIRIGERE IL TRAFFICO.

Intervento dell'OPC Emme su YouTube

L'OPC Emme ha documentato con un filmato il suo intervento di quest'estate nella regione vallesana rimasta isolata a causa del maltempo. Il video, alla cui produzione ha partecipato anche un professionista della Radiotelevisione Svizzera, è ora disponibile su YouTube.



L'OPC EMME SI FA PUBBLICITÀ IN INTERNET CON IL SUO INTERVENTO IN VALLESE.

Il 10 ottobre rimarrà certamente impresso nella memoria degli abitanti della Lötschental: quel giorno infatti frane e scosciamenti hanno isolato la regione dal mondo esterno; oltre 20'000 metri cubi di roccia e fango hanno arrecato gravi danni all'area tra i paesi di Wiler e Blatten. La notizia raggiunge anche i responsabili dell'OPC Emme, che decidono di offrire il loro aiuto alle autorità della regione colpita. È così che nel giugno 2012 una sezione pionieri dell'OPC Emme si reca nella Lötschental per collaborare ai lavori di ripristino.

“Abbiamo pensato che potesse essere utile documentare il nostro intervento”, spiega il comandante Armin Camenzind. L'idea dell'opuscolo è stata subito scartata per realizzare un filmato. E dato che tra le fila della locale protezione civile milita anche Ivo Amarilli, produttore e redattore presso la Televisione Svizzera, gli è stato affidato il ruolo di regista. Il comandante gli ha lasciato carta libera. Amarilli ha ripreso l'intero intervento con la telecamera, ha condotto diverse interviste e si è occupato del montaggio. Ha utilizzato anche alcuni estratti della trasmissione “Schweiz aktuell”.

“Fissiamo gli standard” è il motto dell'OPC

Emme di quest'anno. Ed è anche il nome dato al progetto. “L'obiettivo del filmato è trasmettere una nuova immagine della protezione civile. Era nostra intenzione mostrare un'organizzazione moderna, in grado di far fronte a catastrofi e situazioni d'emergenza. È vero che non si trattava di un intervento per prestare aiuti urgenti, ma gli aspetti importanti messi in luce sono gli stessi”, afferma Camenzind. Si tratta ad esempio di dare la giusta importanza alla logistica, dato che l'intervento si è svolto anche in regioni molto discoste.

Così è nato il filmato sull'intervento dell'OPC Emme nella Lötschental. Il video, che dura circa un quarto d'ora, da fine luglio è disponibile su Youtube. A detta di Camenzind, insegnante presso la scuola professionale, “i feedback ricevuti sono molto positivi”. Questi sono giunti da rappresentanti politici, membri di altre organizzazioni di protezione civile, collaboratori dell'Ufficio federale della protezione della popolazione, ma anche semplicemente da molte persone interessate. Fino a inizio ottobre il video è stato cliccato quasi ottocento volte.

Link: www.zsoemme.ch,
<http://goo.gl/lpDC4>

Una revisione che combatte solo i sintomi

Nel mese di ottobre, nell'ambito della procedura di consultazione, la FSPC ha inoltrato la sua presa di posizione concernente la revisione parziale della legge sulla protezione della popolazione e sulla protezione civile e il relativo rapporto esplicativo. In essa scrive che la revisione è solo un palliativo per combattere i sintomi, e non permette invece di risolvere i problemi di fondo della legge del 2004.

Se la revisione venisse comunque approvata, secondo la FSPC si dovrebbe evitare che un milite della protezione civile venga direttamente tirato in causa perché ha prestato troppi giorni di servizio. A suo avviso è inoltre necessario evitare qualunque disparità di trattamento dei militi della protezione civile rispetto a chi presta servizio militare o servizio civile.

Queste le principali richieste della Federazione:

- il legislatore deve fissare solo il numero massimo di giorni di servizio che possono essere prestati in un anno.
- si deve rinunciare a una distinzione, in particolare tra gli articoli 36 e 27a.
- i comandanti sono responsabili del rispetto delle prescrizioni e dei contenuti e in caso di abuso devono essere messi di fronte alle loro responsabilità.
- l'obiettivo principale cui bisogna mirare con qualsiasi prestazione di servizio è la capacità di intervenire in caso di eventi maggiori, catastrofi e situazioni d'emergenza.

Per maggiori dettagli consultare il sito:
www.zivilschutz-schweiz.ch



SZSV
FSPC

Schweizerischer Zivilschutzverband
Fédération suisse de la protection civile
Federazione svizzera della protezione civile